

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 16 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Der Vergangenheit stets bewußt zu sein, fordert der **SPD-Partei**vorstand in einer Erklärung zum Antikriegstag.

Seite 1

Rassismus und Nationalismus dürfen nie wieder eine Chance bekommen, unterstreicht **Dr. Klaus Hänsch MdEP** mit Blick auf den Kriegsbeginn vor 55 Jahren.

Seite 2

Die Verkehrsentlastung im Güterverkehr als europäische Aufgabe beschreibt **Klaus Lennartz MdB**.

Seite 4

Mit einer anderen Energiepolitik soll nach Ansicht von **Dr. Albert Schmid MdL** dem kriminellen Atomhandel die Grundlage entzogen werden.

Seite 6

49. Jahrgang / 168

1. September 1994

Der Vergangenheit stets bewußt sein

Die Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum Antikriegstag

Am 1. September 1994 jährt sich zum 55. Mal der Tag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochen wurde und mit dem deutschen Überfall auf Polen begann. Dieser Tag ist für alle Deutschen und alle Europäer ein Tag der Erinnerung, der Mahnung und der Verpflichtung.

Polen wurde das erste Opfer des nationalsozialistischen Rassen-, Raub- und Vernichtungskrieges, der unermeßliches Leid über die Völker Europas gebracht hat und der auf uns Deutsche zurückgeschlagen ist. 55 Millionen Menschen verloren ihr Leben, die Spaltung des europäischen Kontinents und die deutsche Teilung waren Folge dieses verbrecherischen Krieges.

Verständigung mit dem Ziel der Aussöhnung mußte die zentrale Aufgabe der Nachkriegspolitik eines demokratischen Deutschlands werden. Nach der Aussöhnung der Regierung Adenauers mit dem Westen wurde gegenüber unseren östlichen Nachbarn die Grundlage dafür mit den Ostverträgen Willy Brandts geschaffen, die dazu beitragen, die Kette des Unrechts zu durchbrechen und der Vernunft eine Chance zu geben. Die Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit setzten diesen Prozeß fort.

Die Aufgabe, das Werk der Versöhnung zu vollenden, steht nach wie vor auf der Tagesordnung, und sie ist heute wichtiger denn je. Der Wille zur Verständigung und Versöhnung muß in den Herzen und Köpfen der Menschen wachsen, dazu bedarf es eines politischen und geistigen Klimas, in dem dies gedeihen kann.

Deutschland, dem die historische Chance der friedlichen Vereinigung gegeben wurde, muß sich seiner Vergangenheit stets bewußt sein, um seine Zukunft gestalten zu können.

Mit tiefer Sorge muß daher auf Bestrebungen hingewiesen werden, aufkeimenden Rechtsradikalismus zu dulden und die Verbrechen, die in deutschem Namen verübt wurden, zu verharmlosen. Nur so konnte es möglich sein, daß ein deutsches Gericht einem Volksverhetzer bescheinigt, seine Tat sei "hauptsächlich von dem Bestreben motiviert, die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kennzeichen/Logo
mit verpacktem Rohstoff
Recycling-Papier



Was muß eigentlich noch alles geschehen, bis die Bundesregierung die geistigen Wegbereiter auch in ihren eigenen Reihen zur Rechenschaft zieht und begreift, daß den Worten "Wehret den Anfängen" auch Taten folgen müssen?

Europa, das in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts von Zerstörung und Selbstzerstörung gekennzeichnet war, hat an dessen Ende eine neue historische Chance erhalten. Seitdem die politische Teilung aufgehoben ist, geht es nun darum, Europas ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Spaltung zu überwinden. Dieser Aufgabe, von deren Bewältigung unsere Zukunft abhängt, wollen wir uns mit aller Kraft widmen. Wir müssen begreifen und begreiflich machen, daß auch die Zukunft der einzelnen Länder nicht gegeneinander, sondern nur noch miteinander gestaltet werden kann.

(-/1. September 1994/hgs/fr)

Rassismus und Nationalismus dürfen nie wieder eine Chance bekommen
Die Vielfalt der Völker, Sprachen und Kulturen ist die Stärke Europas

**Von Dr. Klaus Hänsch MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments**

Als vor 55 Jahren die deutschen Truppen in Polen einfielen, schoben sie vor sich her nach Osten eine Welle von gedemütigten, verzweiferten, flüchtenden polnischen Menschen. Hinter ihnen wurde der Weg frei: für das Brennen und Morden, das Rauben und Vernichten durch den nationalsozialistischen deutschen Terror.

Fünf Jahre später kehrte der Krieg zu denen zurück, die ihn begonnen und der nationalsozialistischen Barbarei nicht widerstanden, ja sie sogar bejubelt hatten. Millionen Menschen, diesmal Deutsche, flüchteten aus ihrer Heimat nach Westen und hinter der siegreichen Roten Armee wurde der Weg frei für schreckliche Vergeltung und unbarmherzige Vertreibung.

Wenige Kilometer südöstlich von hier liegt die polnische Stadt Szprottawa. Die hieß einmal Sprottau und war deutsch. Damals, als kleines Kind, flüchtete ich aus der Stadt meiner Geburt - ein winziges Partikel in jenem ungeheuren Strom entwurzelter und verzweifelter Menschen, die überall in Europa als Folge des Nationalsozialismus, des Rassismus und des Krieges hin und her geschoben wurden.

Heute, 55 Jahre nachdem das deutsche das polnische Volk überfallen, gedemütigt und geknechtet hat, sendet mir der Bürgermeister von Szprottawa seine herzlichen Glückwünsche zu meiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments, und er läßt mir ausrichten, daß er und die ganze Stadt stolz darauf seien, daß ein Sohn Sprottaus zum Präsidenten der Volksvertretung von 340 Millionen Europäern gewählt worden ist.

An diesem Tage und von dieser Stelle aus danke ich tief bewegt für diese Geste, mit der der polnische Bürgermeister meiner Geburtsstadt ein Zeichen setzt für die Ehre und Würde Polens. Und ich wünsche mir, daß der Tag kommt, an dem ich diese Geste polnischen Großmuts vergelten kann.

Wir sind hier nicht nur zusammengekommen, um die Vergangenheit vor dem Vergessen zu bewahren. Wir wollen uns auch nach vorn erinnern. Wir haben die Chance, uns über Gräber und Grenzen hinweg die Hand zu reichen und in unseren Unterschieden und in unserer Nähe zueinander einen neuen Anfang zu wagen.

* Der Autor trug diese Gedanken am Antikriegstag in einer Rede in Frankfurt/Oder vor.

Als Präsident des Europäischen Parlaments - als deutscher Europäer - grüße ich die polnischen Europäer jenseits der Oder und der Neiße. Die Zukunft der Deutschen und der Polen liegt in einem vereinten Europa. Und wie Polen die Verbindung nach Westen, zu den Wurzeln seiner Geschichte, seiner Religion, seiner Kultur braucht, so braucht auch die junge Europäische Union das tausendjährige Polen, um vollständig europäisch zu sein.

Mit der Armutsgrenze an Oder und Neiße kann nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa auf Dauer nicht leben. Die Europäische Union muß ihre Herzen und Taschen für die Völker im Osten weiter als bisher öffnen. Aber achten wir auch nicht gering, daß Deutschland und ganz Westeuropa schon heute für die Entwicklung Osteuropas mehr beigetragen haben, als die USA nach dem Kriege für Westeuropa durch den Marshallplan getan haben.

Schon bald nach dem Kriege haben Franzosen und Deutsche sich über Grenzen und Gräber hinweg die Hand gegeben. Was im Westen von den Älteren noch als historische Leistung gefeiert wird, ist für die Jüngeren schon längst pure Selbstverständlichkeit geworden. Im Osten hat das gerade erst begonnen. Es braucht Behutsamkeit und Verständnis, aber auch den besten Willen und das klare Ziel.

Polen hat die Aufnahme in die Europäische Union beantragt. Der Weg dorthin wird lang und steinig werden. Ihn zu gehen, erfordert viel Geduld und große Anstrengungen, gegenseitiges Verständnis und guten Willen.

Polen ist europäisch seit tausend Jahren. Und es ist auch in seiner dunkelsten Zeit immer geblieben, was es seit tausend Jahren ist: ein Land und ein Volk europäischer Geschichte, Religion, Geistes und Wissenschaft. Um europäisch zu werden, braucht Polen die Mitgliedschaft der Europäischen Union nicht. Es braucht sie, um einen sicheren Platz zu finden in dem Europa, das sich neu formiert. Es braucht Hilfe, auch die deutsche. Aber es braucht keine Vormundschaft - und die deutsche schon gar nicht.

Alle Völker Europas brauchen angesichts der Herausforderungen der Jahrtausendwende nicht weniger, sondern mehr Gemeinschaft in Europa.

Gemeinsam können wir in Europa die Umwelt über die Grenzen hinweg besser schützen und die Grundlagen unseres Lebens bewahren.

Gemeinsam wollen wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen Arbeit haben und Arbeit finden können. Gemeinsam müssen wir Wohlstand und Arbeit so verteilen, daß alle Europäer daran Anteil haben.

Gemeinsam können wir das bewahren und ausbauen, was unsere europäische Lebensweise von der anderer Kulturkreise unterscheidet, jene spezifische, unauflösbare Verbindung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit, individueller Freiheit und gemeinschaftlicher Verantwortung.

Gemeinsam können wir die Menschen in Europa besser davor schützen, daß die internationale Kriminalität Leib und Leben, Hab und Gut bedroht und auch die Gerechtigkeit und die Demokratie in unseren Völkern aushöhlt und zerstört.

Gemeinsam können wir einen besseren Beitrag leisten, beim Kampf gegen Hunger und Armut, Krieg und Verfolgung, Haß und Unrecht in Europa und überall in der Welt.

Während Polen in die Europäische Union strebt und teilhaben möchte am Aufbauwerk des neuen Europa, glauben in unserem Land manche, daß sie sich in einem Europa souveräner Nationalstaaten besser zurecht finden könnten. Wir wissen, daß die Europäische Union viele Mängel und Fehler hat, und wir sind die letzten, die das verschweigen wollen. Aber eines wissen wir auch: Wir brauchen im neuen Europa nach 1989 nicht neuen Nationalismus, der ja doch nur der alte wäre. Wir brauchen das Miteinander der Staaten und Völker in einer Europäischen Union noch mehr als zuvor.

In diesen Wochen und in den kommenden Monaten jähren sich zum 50. Male im Osten wie im Westen Europas Daten heroischen Widerstandes gegen die deutsche Besatzung und Daten der militärischen Befreiung von der nationalsozialistischen Tyrannei. Wieviele Männer und Frauen, Amerikaner und Russen, junge Europäer, Polen und auch Deutsche haben ihr Leben gegeben, um unser Europa und auch mein Land von der Geißel des Nationalismus und des Rassismus zu befreien. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß Nationalismus und Rassismus nie wieder eine Chance bekommen, nirgendwo in Europa und in unseren beiden Völkern schon gar nicht.

Nach zwei schrecklichen Kriegen auf unserem Kontinent haben Franzosen und Deutsche, Niederländer und Italiener, Belgier und Luxemburger die Lehre gezogen: Nicht Waffen und Armeen, sondern Demokratie und soziale Gerechtigkeit, nicht Schutz- und Trutz-Bündnisse nationaler Staaten, sondern die gemeinsame Ausübung nationaler Souveränitätsrechte in einer Europäischen Union sind die Grundlage für den Frieden auf unserem Kontinent. Wir bleiben dabei: Nie wieder darf ein Staat so souverän werden, daß er alleine über Krieg und Frieden entscheiden kann.

Dabei wollen wir nicht die Staaten auflösen, die Nation und Heimat geringschätzen, die Völker unkenntlich machen, sondern wir wollen den Frieden zwischen ihnen dadurch sichern, daß sie ihre Souveränitätsrechte in einer immer engeren, unauflöslich organisierten Zusammenarbeit in einer Europäischen Union gemeinsam ausüben. In ihrem Antlitz werden die Völker auch künftig ihre jeweils eigenen unverwechselbaren Züge wiedererkennen können.

Polen und Deutsche sind verschieden, wie es Deutsche und Franzosen und Spanier und Briten auch sind. Das wird so bleiben. Die Vielfalt der Völker, der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen ist nicht die Schwäche Europas. Sie ist unsere Stärke, wenn es uns gelingt, unseren Egoismus zu zähmen, unsere Kräfte zu bündeln und an die Stelle des alten Gegeneinander das neue Miteinander zu setzen.

In diesem Europa werden die alten Gräber diesseits und jenseits des Flusses, an dem wir heute stehen, immer die Lebenden erinnern, aber niemals mehr das Leben bestimmen.

(-/1. September 1994/hgs/fr)

Die Verkehrsentlastung im Güterverkehr ist eine europäische Aufgabe **Der Binnenmarkt macht neue Strukturen der Vernetzung erforderlich**

Von Klaus Lennartz MdB

In Sachen Verkehr läuft ohne Europa nichts. Durch den gemeinsamen Binnenmarkt wird der Austausch zwischen den europäischen Nachbarländern immer enger. Deshalb brauchen wir europaweit Partner, um eine einheitliche Normung in der Verkehrsleittechnik zu erreichen. Ziel muß eine Art Euro-Norm sein, mit deren Hilfe Daten über Inhalt, Umfang und Lieferwege der Waren im Güterverkehr computergesteuert leicht erfaßbar sind. Überdies müssen Projekte wie zum Beispiel Güterverkehrszentren (GVZ) verstärkt durchgesetzt werden.

Güterverkehrszentren haben die Aufgabe, dem Transportgewerbe die Zusammenarbeit untereinander zu erleichtern. In riesigen Hallen sollen Speditionen ihre Ware zwischenlagern. Um die Warenauslieferung möglichst rationell zu gestalten, könnten sich die Unternehmer künftig zu einer Fahrgemeinschaft zusammenschließen. Mehrere Spediteure beladen dann einen LKW, um ihn zum Beispiel in nahegelegene Großstädte zur Auslieferung an Kaufhäuser zu schicken. Mit modernster, computerunterstützter Verkehrslogistik soll die Anlieferung, die Lagerung und die Auslieferung zügig abgewickelt werden. Während der Fahrt wird der Fahrer laufend über seine Fahrtstrecke unterrichtet. Bis es soweit ist, müssen bis dahin immer noch

alle Waren vom Güterbahnhof zu den Spediteuren gefahren werden, die meist über die Stadtgebiete und das angrenzende Umland verteilt sind. Dies belastet die Umwelt und die Straßensituation des Verkehrsknotenpunktes Köln erheblich. Umso größer wäre daher der verkehrspolitische, ökologische und europaweite Nutzen eines GVZ, das alle Speditionen nutzen könnten.

Wie gewinnt man dafür europäische Partner?

Aber ohne Europa geht es eben nicht. Und: Aus den Brüsseler Geldtöpfen sind für Projekte von den Dimensionen eines Güterverkehrszentrums nur dann Mittel zu bekommen, wenn europaweit zusammengearbeitet wird. Um sich auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen, schließen sich in der Bundesrepublik immer mehr Gebietskörperschaften, wie Städte, Gemeinden und Kreise, zu größeren regionalen Einheiten zusammen. Spezielle Verbindungsbüros, Arbeitssekretariate dieser regionalen Zusammenschlüsse, treiben die Projekte voran und nehmen Kontakt mit möglichen europäischen Partnern auf.

Die Kontaktaufnahme wird durch Brüssel erleichtert. Von der Europäischen Kommission werden Treffen organisiert, auf denen sich Vertreter von Städten, Wirtschaftskammern oder eben auch Regionen, treffen. Hier suchen die verschiedenen Einrichtungen europäische Partner, um entweder Erfahrungen auszutauschen oder konkrete Planungen gemeinsam durchzuführen. So fand zum Beispiel im Frühjahr in Brüssel zum zweiten Mal die *Directoria 1994* statt.

Solche Mammutveranstaltungen, wie zum Beispiel die *Directoria*, sind nur der Anfang der Arbeit. Nach den bilateralen Gesprächen in Brüssel werden Expertengespräche organisiert. Vertreter der Regionen führen in den wenigen Tagen bis zu 20 Expertengespräche durch. Die Verwirklichung eines Projekts braucht einen Vorlauf von ein bis zwei Jahren.

Neben Expertentreffen gibt es in Brüssel auch Programme, die den Austausch zwischen Vertretern der verschiedenen kommunalen Ebenen fördern. So gibt es zum Beispiel das PEE-Programm (Programm d'Echange d'Experience), da es die Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften fördert.

Beispiel aus der Praxis: Güterverkehrszentrum Köln

Der Güterbahnhof Eifelort im Süden Kölns ist mit 74.000 Ladeeinheiten die zweitgrößte Lade- station hinter Hamburg. Hier werden Güter von der Straße auf die Schiene und umgekehrt ver- frachtet. Für 200 Millionen Mark soll aus dem Güterbahnhof ein modernes Hightech Güterver- kehrszentrum (GVZ) werden. Das Projekt wird von deutscher Seite aus von den Städten Köln und Leverkusen sowie vom Erftkreis und der Landesentwicklungsgesellschaft Berlin-Branden- burg getragen.

Um sich Mittel aus Brüssel zu erschließen, gründeten die Städte Köln, Leverkusen und Bonn, sowie die Landkreise Erftkreis, Rheinisch-Bergischer, Oberbergischer und Rhein-Sieg Kreis die "Regio Rheinland". Um das GVZ Projekt Köln-Eifelort auf Europaebene voranzutreiben, beauf- tragte die Regio Rheinland das Büro für regionale Analyse und Innovation (brain). "brain" ist das Regionalsekretariat der "Regio Rheinland".

Vertreter von "brain" besuchten im Frühjahr die *Directoria '94* in Brüssel. Hier zeigte die Stadt Lille nicht nur als Partnerstadt Kölns Interesse an dem Projekt. Aus der Sicht der nordfranzösi- schen Stadt gewinnt die Region Köln als Güterverkehrsknotenpunkt immer mehr Bedeutung. So ist zum Beispiel das Autobahnkreuz in Frechen im Erftkreis der drittgrößte Verkehrsknoten- punkt Europas nach Paris und München. Die L'Agence de Development et d'Urbanisme schätzt die Domstadt vor allem wegen ihrer engen Kontakte zum Seehafen Rotterdam.

Auch die niederländische Provinz Gelderland ist ein Güterverkehrszentrum. Doch bisher be- standen nur Kontakte zu Duisburg. Auf der *Directoria '94* wurde der Kontakt zu Köln herge- stellt. Neben den deutschen Partnern sind nun auch Antwerpen, Paris, Rotterdam und Lille an dem Projekt beteiligt.

Mit Hilfe des PEE-Programms findet im November eine Zusammenkunft der neuen europäi- schen Partner in Köln zum Thema Verkehrslogistik statt. Es ist die erste Stufe einer neuen eu-

ropäischen Zusammenarbeit und wird zum Gelingen des solch ehrgeiziger Projekte, wie es das GVZ Köln-Eifeltor ist, beitragen. (-/1. September 1994/hgs/ks)

Ohne Markt trocknet die Kriminalität aus
Die Bayerische Staatsregierung ist in doppelter Verantwortung

Von Dr. Albert Schmid MdL
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Angesichts der überbordenden internationalen Kriminalität mit radioaktivem Material ist die Bayerische Staatsregierung in doppelter Verantwortung: Zum einen hat sie mit ihrem nachdrücklichen Bestehen auf dem Forschungsreaktor Garching den Markt für Nuklear-Material angeheizt und - falls die Berichte über ankaufswillige V-Männer zutreffen - weiter verbreitet, zum anderen belebt sie diese neue Art der Kriminalität auch mit ihrem sturen Festhalten an der hochriskanten Plutoniums-Wirtschaft. Wenn jetzt Herr Beckstein nach schärferen Gesetzen ruft und den Schmuggel bekämpfen will, zeigt, daß er wieder nur an Symptomen herumdoktert und gewillt ist, mit Fahndungserfolgen Wahikampf zu machen. Weitaus wichtiger wäre es stattdessen, den Markt auszutrocknen. Wenn Deutschland und Bayern weder Plutonium noch hochangereichertes Uran oder andere Spaltmaterialien brauchen, wird dieser Zweig der Kriminalität mangels Nachfrage kleiner werden.

Bereits bei der Diskussion um die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) hat die Bayerische SPD-Landtagsfraktion in den achtziger Jahren wiederholt auf das hohe "Proliferationsrisiko", das Risiko der mißbräuchlichen Verwendung radioaktiven Materials, hingewiesen, das auch durch die Gutachten - beispielsweise die Hamburger Studie zur WAA - deutlich gemacht wurde. So ist dieses Risiko bei der Wiederaufarbeitung vielfach größer als bei einer Endlagerung, denn tonnenschwerer verglaster Atomüll ist kaum zu kriminellen Zwecken zu mißbrauchen, Plutoniums-Pellets von wenigen Gramm, die in der berühmten Plastiktüte zu transportieren sind, dagegen sehr wohl, wie die jüngste Vergangenheit beweist. Trotz dieser bekannten Risiken hat die Staatsregierung weiterhin auf die Sackgasse der Plutoniums-Wirtschaft - beispielsweise mit wiederaufgearbeiteten Kembrennstäben - gesetzt.

Geradezu einen Markt geschaffen hat die CSU-Staatsregierung mit ihrem Gerede, man sei für den Forschungsreaktor in Garching nicht auf die USA angewiesen, die bekanntlich kein spaltbares Material zur Verfügung stellen wollen, sondern man könne sich die benötigten Substanzen auch auf dem freien Markt besorgen. Das war eine Einladung an alle kriminellen Elemente auf internationaler Ebene, mit dem also offenkundig sehr begehrten Material Geschäfte machen zu wollen.

Dieser Markt wurde offenbar noch mehr angeheizt durch bayerische und deutsche V-Leute, die sich als Kaufinteressenten ausgegeben haben. Damit wurde die internationale Kriminalität magisch angezogen. Hier wurde bewußt inszeniert, um mit Fahndungserfolgen zu wahltaktisch verwertbaren außen- und sicherheitspolitischen Erfolgen zu kommen. Damit ist die Staatsregierung mitschuldig, daß jetzt der Kampf gegen den internationalen Atom-Schmuggel in so großem Maße in Bayern und Deutschland geführt werden muß. Bei der bloßen Symptombekämpfung darf es nicht bleiben. Vielmehr müssen die Weichenstellungen in der Forschung und der Energiepolitik korrigiert werden. Wo kein Markt für das gefährliche Material ist, wird auch die Kriminalität austrocknen.

(-/1. September 1994/hgs/ks)
